

Zukunft ist immer noch ungewiss

Gesundheit 109 Gläubiger, 12 Millionen Franken: Die Forderungen gegenüber der Medicnova sind so umfassend, dass das Landgericht die Frist zur Anmeldung nun erstreckt hat. Gleichzeitig prüft das Land noch immer den Kauf der Immobilie – und des Mobiliars.

Desirée Vogt
dvogt@medienhaus.li

Lange Zeit stand sie in den Schlagzeilen, die Medicnova in Bendern. Doch seit Bekanntgabe des Konkurses und der Einstellung des Betriebs im Juli wurde es ruhig um die Privatklinik. Und damit auch um zahlreiche weitere Fragen, die sich im Gesundheitswesen stellen. Klar ist, dass sich inzwischen 109 Gläubiger gemeldet haben, die eine Summe von rund 12 Millionen Franken fordern und dass mit weiteren Forderungen zu rechnen ist. Weiterhin nicht klar ist, ob das Land das Gebäude der Medicnova Immobilien Anstalt kauft und das Landesspital seinen neuen Standort in Bendern finden wird.

«Arbeitnehmer haben gute Chancen auf Geld»

In der Zwischenzeit wurde das Inventar der Privatklinik aufge-

nommen und die Gläubiger aufgefordert, ihre Forderungen anzumelden. Masseverwalter Alexander Ospelt teilte gestern gegenüber Radio L mit, dass derzeit Forderungsanmeldungen von 109 Gläubigern über einen Betrag von 12 Millionen Franken vorliegen. Und weil die Forderungsanmeldungen dermassen umfassend sind, wurde beim Landgericht beantragt, die Frist zu Forderungsanmeldung zu erstrecken. Diese läuft neu bis zum 28. November 2018.

«Nachdem die gesamte Konkursmasse ermittelt worden ist, ist es unsere Aufgabe, festzustellen, wo es sich um Masseforderungen bzw. Konkursforderungen handelt», erklärte Alexander Ospelt. Hier gelte es, in verschiedene Klassen einzuteilen. «Sogehören die Dienstleister beispielsweise in die 1. Klasse». Will heissen, die Arbeitnehmer haben gute Chan-

cen, noch Geld zu erhalten. Alexander Ospelt rechnet damit, dass die ehemaligen Arbeitnehmer zwischen 500 000 und 750 000 Franken geltend machen werden.

«Auch Verantwortlichkeiten werden geprüft»

Die sogenannte Prüfungstagsatzung, also an der die Insolvenzforderungen geprüft werden, wurde laut Ospelt auf den 12. Dezember verlegt. Bis dahin sollte auch klar sein, wie sich die Konkursmasse entwickelt. «Dann sind weitere Massnahmen einzuleiten. Allenfalls auch Verantwortlichkeitsansprüche sind zu prüfen», lässt Alexander Ospelt wissen. Es sei demnach zu prüfen, ob der Verwaltungsrat richtig gehandelt habe bzw. ob der Konkurs zum richtigen Zeitpunkt angemeldet worden sei. «Uns steht dann frei, ob wir allenfalls selbst Verantwortlichkeitsklagen führen oder ob wir



Was mit dem Mobiliar und dem Gebäude geschieht, ist nach wie vor unklar.

Bild: Archiv

Ehemalige Medicnova-Chefärztin wechselt ins Landesspital

Die ehemalige Chefärztin der Inneren Medizin der konkursiten Privatklinik Medicnova AG, Yildiz Yildiz, wird per 15. Oktober 2018 die Position der stellvertretenden Chefärztin in der Inneren Medizin übernehmen. Vor ihrer Station bei der Medicnova war sie als Oberärztin Innere Medizin am Landeskrankenhaus Bregenz tätig.



Univ. Prof. Dr. med. Yildiz Yildiz
Bild: psd

Mit der Rekrutierung von Prof. Yildiz könne das Landesspital die ärztliche Kompetenz nachhaltig stärken, heisst es in der Medienmitteilung. «Wir sind ausser-

ordentlich glücklich über die Zusage von Frau Prof. Yildiz und freuen uns sehr auf die zukünftige

Zusammenarbeit», wird Spitaldirektorin Sandra Copeland in der Mitteilung zitiert. Nachdem Martin Liesch, Chefarzt Innere Medizin, das Landesspital per Ende dieses Jahres verlassen wird, stelle die Rekrutierung von Yildiz Yildiz für das Landesspital einen wichtigen Schritt in die Zukunft dar. «Mit einem starken ärztlichen Team, effizienten Strukturen und konsequent hoher Behandlungsqualität ist das Landesspital bereit, die medizinische Grundversorgung Liechtensteins langfristig zu sichern.»

diese allenfalls versteigern», erklärt Alexander Ospelt.

Regierung erarbeitet Entscheidungsgrundlagen

Für Ospelt gäbe es einen Idealfall: «Dass jemand die Aktiven übernimmt, selbst um eine Betriebsbewilligung ansucht und den Betrieb weiterführt.» Eine andere Möglichkeit – weniger ideal – wäre es, wenn die Fahrnis, also das bewegliche Vermögen, in Bausch und Bogen verkauft werde. Ausserdem gebe es noch als letzte Möglichkeit die Alternative, das bewegliche Vermögen einzeln zu verkaufen oder eine Versteigerung anzuordnen. Ob und wie die

Regierung bzw. das Land dabei mitmischen wird, ist derzeit immer noch unklar. Gemäss Masseverwalter Ospelt bestehe zwar weiterhin Kontakt mit dem Land. «Es wird sondiert, was allenfalls zu übernehmen ist bzw. es werden Alternativen geprüft. Spruchreif ist allerdings noch nichts.

Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini führt dazu aus: «Wir sind derzeit dabei, Entscheidungsgrundlagen für die Ausgestaltung der zukünftigen Spitalinfrastruktur zu erarbeiten. Der Umzug des LLS nach Bendern und der Kauf des Gebäudes von der Medicnova Immobilien Anstalt ist eine der Optionen, die wir

prüfen. Die Immobiliengesellschaft sei nicht Gegenstand des Konkursverfahrens. Bezüglich der Aktiva der Betreibergesellschaft ergebe eine gleichzeitige Übernahme bei dieser Option bei Gegenständen, die aus technischen Gründen mit dem Gebäude fest verbunden seien, Sinn, aber das sei nur ein kleiner Teil. Der weitaus grössere Teil der Aktiva sei nicht Gegenstand einer solchen Option. «Es ist aber nicht ausgeschlossen, dass der Kauf eines Teils der Aktiva, insbesondere von Geräten, unabhängig von einem Kauf der Immobilie für das Landesspital von Interesse sein kann.»

Erste Landtagssitzung nach der Spaltung der Unabhängigen

Session Die Sommerpause ist vorbei. Drei Tage Landtag stehen an. Und dennoch ist nicht alles wie zuvor. Durch die Spaltung der Unabhängigen (DU) sind nun vier Parteien, eine «Neue»-Fraktion und ein Parteifreier im Parlament.

37 Traktanden stehen zur Beratung an. Doch bevor es losgehen kann, ist Stühlerücken angesagt. Der parteifreie Abgeordnete Johannes Kaiser, der im Frühling aus der FBP ausgetreten ist, wird die zerstrittenen bisherigen Unabhängigen trennen. Er wird zwischen die «Neue»-Fraktion mit Erich Hasler, Thomas Rehak und Fraktionssprecher Herbert Elkuch und die verbliebenen DU-Abgeordneten Harry Quaderer und Jürgen Beck gesetzt.

Wie sich die neue Konstellation auf die Landtagsarbeit auswirken wird, ist noch offen. Nach den Ausführungen von DU-Chef Harry Quaderer in der aktuellsten Ausgabe der Parteischrift «Hoi DU» dürfte die Stimmung aber mit Sicherheit auf beiden Seiten etwas gereizt sein. Die interessantesten Traktandenpunkte im Überblick:

Patrik Schädler
pschaedler@medienhaus.li

WWW.

Immer auf dem aktuellsten Stand mit dem Landtag-Liveticker:
vaterland.li/345868

Postulat «Zeitvorsorge für Liechtenstein»

Traktandum 10

Um was geht es?

Die VU-Fraktion hat im Rahmen ihres «Bürgerpakets» ein Postulat eingereicht, um die Regierung einzuladen, die Einführung eines Zeitsorgesystems in Liechtenstein zu prüfen. Das System würde ehrenamtliches Engagement (zum Beispiel in der Betreuung und Pflege von Kindern oder älterer Menschen) mit Zeitgutschriften honorieren, welche die Menschen dann einlösen können, wenn sie selbst auf freiwilliges Engagement angewiesen sind. Damit könnten gemäss VU Rücklagen für demografische Herausforderungen gebildet werden – in diesem Fall in der Währung «Zeit». Solche Zeitsorgesysteme gibt es bereits in Vorarlberg und St. Gallen.

Prognose

Es ist noch völlig offen, wie der Landtag auf diese neue Variante reagiert. Da es sich aber «nur» um ein Postulat handelt, wird es überwiegend übersehen.

Reisespesen von Aussenministerin Frick

Traktandum 14

Um was geht es?

Die Regierung beantragt einen Nachtragskredit von 80 000 Franken für zusätzliche Reise- und Repräsentationsspesen für das Aussenministerium. «Für das Äussere wurden in den vergangenen Jahren jeweils zwischen 130 000 und 140 000 Franken benötigt. Aufgrund des ausserordentlichen Arbeitsanfalls ist im Jahr 2018 mit zusätzlichen Ausgaben von rund 80 000 Franken zu rechnen», schreibt die Regierung in ihrem Antrag. Der Antrag sorgte für Aufsehen. Aussenministerin Frick musste auch Kritik aus den eigenen Reihen einstecken. Der stv. Abgeordnete Alexander Batliner forderte «einen Verzicht auf gewisse nicht dringliche Auslandsreisen.»

Prognose

Die Tendenz im Vorfeld deutet auf eine Ablehnung des Kredits. Mal sehen, ob Regierungschef Hasler und Regierungsrätin Frick den Landtag umstimmen können.

Kredit für zwei «Tour de Ski»-Etappen

Traktandum 15

Um was geht es?

Der Liechtensteinische Skiverband (LSV) will sich für die Austragung von zwei Langlauf-Weltcuprennen im Rahmen der «Tour de Ski» zum Jahreswechsel 2019/2020 und 2020/2021 bewerben. Die Rennen sollen im Zentrum von Vaduz als Citysprints ausgetragen werden. Das Ziel soll direkt vor dem Regierungsgebäude sein. Der LSV geht davon aus, dass ein Rennen rund 80 Millionen TV-Zuschauer erreicht. Damit wären die Rennen eine gute mediale Plattform. Ohne Unterstützung der öffentlichen Hand ist ein solches Vorhaben aber für den LSV nicht möglich. Die Regierung beantragt beim Landtag für beide Rennen einen Kredit von 800 000 Franken.

Prognose

Es wird knapp. Schlussendlich wird aber eine Mehrheit dem Kredit zustimmen, damit sich der Skiverband für die Austragung bei der FIS bewerben kann.

Regelung der Trennung der Unabhängigen (DU)

Traktandum 15a – 16a

Um was geht es?

Mit dem Austritt von Erich Hasler, Thomas Rehak und Herbert Elkuch aus der Fraktion der Unabhängigen (DU) kam es zu einer Situation, welche der Gesetzgeber nie vorgesehen hatte. Die verbliebenen DU-Abgeordneten Harry Quaderer und Jürgen Beck verlieren den Fraktionsstatus. Dafür sollen die Abtrünnigen neu den Fraktionsstatus erhalten. Das Landtagspräsidium hat für sie den Namen «Die Neue»-Fraktion festgelegt. Fraktionssprecher der «Neuen» wird Herbert Elkuch. Bis die juristischen Unsicherheiten gelöst sind, hat man eine Übergangslösung als Kompromiss vereinbart. Diese muss vom Landtag noch abgesegnet werden.

Prognose

Der Landtag wird dem Kompromiss zustimmen. Doch das wird nicht ohne Nebengeräusche ablaufen. Dafür sind die Fronten zu verhärtet.

Doppelte Staatsbürgerschaft

Traktandum 37

Um was geht es?

Der Landtag hatte die Regierung bereits 2015 mittels einer Motion beauftragt, eine Gesetzesvorlage für die «Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft bei Einbürgerung» vorzulegen. Diesem Auftrag ist die Regierung nachgekommen. Mit diesem Gesetz wäre es nicht mehr nötig, nach der Erfüllung der Einbürgerungskriterien, die bisherige Staatsbürgerschaft aufzugeben. Seit 2015 ist die Euphorie über diese Lösung etwas verflogen. Gerade die «Doppeladler»-Diskussionen in der Schweiz und die Özil-Debatten in Deutschland im Zusammenhang mit der Fussball-WM zeigen auch in Liechtenstein ihre Wirkung.

Prognose

Der Landtag wird ein Eintreten auf die Vorlage beschliessen, aber Änderungswünsche für die 2. Lesung anbringen. Im November oder Dezember wird dann definitiv entschieden.